

... den sächsischen Schlendrian ausgetrieben?

Betrachtungen zu den Görlitzer Stadtfinanzen

im 18. und frühen 19. Jahrhundert

DANNY WEBER

Die Teilung der Oberlausitz infolge der Ergebnisse des Wiener Kongresses im Jahr 1815 ist eines der einschneidendsten Ereignisse der oberlausitzischen Landesgeschichte.¹ Trotz der vielfachen Verbindungen auch nach 1815 und dem Versuch, die Einheit des Landes wenn nicht staatlich, dann doch kulturell zu behaupten, lassen sich spätestens ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verstärkt unterschiedliche Entwicklungen in der preußischen und sächsischen Oberlausitz nachweisen. Die verbindenden Elemente traten mehr und mehr in den Hintergrund, und die gemeinsame Vergangenheit wurde zunehmend kritischer gesehen. Besonders in Görlitz, dem Zentrum der preußischen Oberlausitz, lassen sich derartige Tendenzen nachweisen.

So hält sich hartnäckig bis in die Gegenwart das Urteil, dass erst mit der Annektierung der nordöstlichen Teile der Oberlausitz nach 1815 durch Preußen Prosperität und Aufschwung in das durch sächsische Misswirtschaft darniederliegende Land gekommen wären. Dabei verweist man auf den maroden Zustand von Handel, Gewerbe und öffentlichen Finanzen um 1815 und stellt dem die glanzvolle Entwicklung von Görlitz im 19. Jahrhundert gegenüber. Problematisch ist dieses Urteil nicht nur aufgrund der sächsisch-preußischen Frage, denn die durch die Industrielle Revolution ausgelösten Wachstumsprozesse und die damit verbundenen Umwälzungen im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben setzten eine Dynamik frei, mit der man vorindustrielle Entwicklungen nicht oder jedenfalls nicht ohne große Abstriche vergleichen kann. Abgesehen von diesem nicht unwichtigen Einwand soll im Folgenden der Versuch unternommen werden, die Entwicklung der Görlitzer Stadtfinanzen und hier besonders der städtischen Schulden zwischen der Mitte des 18. Jahrhunderts und 1815 nachzuzeichnen, um ferner eine Bewertung der Entwicklung vornehmen zu können und anhand der gewonnenen Ergebnisse die tradierten Urteile auf ihre Plausibilität hin zu überprüfen.

Den Ausgangspunkt der Betrachtungen bilden die Ereignisse in Görlitz um 1740. In den Jahren zwischen 1733 und 1737 hatten zunächst sächsische Beamte eine Revisi-

¹ Vgl. hierzu allgemein KARLHEINZ BLASCHKE, Bewahrte Einheit. Die Oberlausitz in den 130 Jahren erzwungener Teilung 1815–1945, in: Oberlausitzische Gesellschaft der Wissenschaften zu Görlitz e.V. (Hrsg.), Sammeln – Erforschen – Bewahren. Zur Geschichte und Kultur der Oberlausitz, FS Ernst-Heinz Lemper zum 75. Geburtstag, Hoyerswerda/Görlitz 1999, S. 264–292 und LESZEK BELZYT/HANS-WERNER RAUTENBERG, Die Oberlausitz vom Wiener Kongreß bis zum Ende des Ersten Weltkriegs (1815–1918), in: JOACHIM BAHLCKE (Hrsg.), Geschichte der Oberlausitz. Herrschaft, Gesellschaft und Kultur vom Mittelalter bis zum Ende des 20. Jahrhunderts, Leipzig 2001, S. 181–220.

on des städtischen Verwaltungs- und speziell auch des Finanzwesens durchgeführt und dabei bestehende Probleme der Verwaltung beseitigt.² Es gelang hierbei auch – gegen Widerstände im Rat – eine effizientere und die Ressourcen der Stadt besser nutzende Verwaltung zu etablieren. Nur wenige Jahre später war die Stadt Görlitz durch die Einbeziehung in die ersten beiden Schlesischen Kriege bereits großen Belastungen ausgesetzt. Die folgenden Erörterungen konzentrieren sich auf die städtischen Finanzen, weil sich hieran besonders deutlich die Veränderungen und vielfältigen Eingriffe in das wirtschaftliche Leben der Stadt Görlitz im 18. und frühen 19. Jahrhundert darstellen lassen.

Görlitz, die im Mittelalter und bis in das 17. Jahrhundert so mächtige Oberlausitzer Sechsstadt,³ hatte im 18. Jahrhundert viel von ihrer einstigen Bedeutung und ihrem Einfluss verloren. Während man für das 15. Jahrhundert noch davon ausgehen kann, dass Görlitz die größte und mächtigste Stadt zwischen Erfurt und Krakau war – diese Stellung verdankte die Stadt ihrer günstigen Lage an der *via regia*⁴ und dem großen und weit reichenden Tuchhandel, der sich für das 16. Jahrhundert besonders mit dem Namen des Görlitzer Kaufmanns Georg Emerich⁵ verbindet –, so hatten im Laufe des 16. und 17. Jahrhunderts andere Städte an Gewicht gewonnen. Bereits um 1750 hatten Bautzen, Zittau und Lauban Görlitz bei der Betrachtung der Wirtschaftsleistung pro Kopf überholt und auch in der Folgezeit büßte Görlitz weiter an Bedeutung ein.⁶

Die Gründe für diesen Abstieg sind vielfältiger Natur. Zwischen 1691 und 1726 wurde die Görlitz von drei Bränden heimgesucht, die einen Großteil der Stadt zerstörten und die Infrastruktur stark beeinträchtigten.⁷ Ferner wurde die Kommune durch Kriegseinwirkungen immer wieder schwer geschädigt. Zunächst musste man 1706 den schwedischen Einfall und die anschließende Besatzung verkraften, deren Kosten sich auf 200 000 Taler beziffern lassen und an deren Rückzahlung man bis um 1800 arbeiten musste, und in den Schlesischen Kriegen wurde die Stadt erneut zu großen Geldopfern gedrängt. Darüber hinaus verlagerten sich die Handelswege, so dass man Einbußen in Bezug auf den lukrativen Zwischenhandel oder bei den Niederlagsrechten in Kauf nehmen musste. Eine Quelle des Reichtums vom Spätmittelalter bis ins 17. Jahrhundert war ferner die Produktion und der Handel mit Wolltuchen.⁸ Das 18. Jahrhundert stand dagegen ganz

² Vgl. hierzu u. a. HORST NEUBAUER, Die Stadt Görlitz am Beginn des 18. Jahrhunderts in ihren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen, in: NLM 98 (1922), S. 1–63, bes. S. 52–60.

³ Vgl. hierzu neuerdings KATJA LINDENAU, Brauen und herrschen. Die Görlitzer Braubürger als städtische Elite in Spätmittelalter und Früher Neuzeit, Leipzig 2007 und die verschiedenen Beiträge im Sammelband JOACHIM BAHLCKE (Hrsg.), Die Oberlausitz im frühneuzeitlichen Mitteleuropa. Beziehungen – Strukturen – Prozesse, Stuttgart 2007.

⁴ Vgl. hierzu u. a. MANFRED STRAUBE, Die Oberlausitz als Brückenglied im Handelsverkehr zwischen West-, Mittel- und Osteuropa zu Beginn der Neuzeit, in: MATTHIAS HERRMANN/DANNY WEBER (Hrsg.), Oberlausitz. Beiträge zur Landesgeschichte, Görlitz/Zittau 2004, S. 168–182.

⁵ Vgl. hierzu PETER WENZEL, Zur Wirtschafts- und Sozialstruktur der Sechsstadt Görlitz im 15. und 16. Jahrhundert, in: GUNTER OETTEL/VOLKER DUDECK (Hrsg.), 650 Jahre Oberlausitzer Sechsstädtebund 1346–1996, Bad Muskau 1997, S. 77–99, hier S. 91–93.

⁶ ERHARD HARTSTOCK, Wirtschaftsgeschichte der Oberlausitz 1547–1945, Bautzen 2007, S. 139.

⁷ Vgl. zur Görlitzer Wirtschaftsgeschichte RICHARD JECHT, Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt Görlitz im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts, Görlitz 1916.

⁸ Vgl. hierzu allgemein: HERMANN KNOTHE, Geschichte des Tuchmacherhandwerks in der Oberlausitz bis Anfang des 17. Jahrhunderts, in: NLM 58 (1882), S. 241–380.

im Zeichen des Leinwandhandels.⁹ Auch dabei versuchten Görlitzer Großhändler eine wichtige Rolle einzunehmen, die Stellung der Zittauer, Herrnhuter und Hirschberger Leinengroßhändler konnten sie aber nicht gefährden.

Besonders die Auswirkungen der Schlesischen Kriege zerrütteten die öffentlichen, aber auch die privaten Finanzen sehr stark. Erhard Hartstock schreibt hierzu in seiner Wirtschaftsgeschichte der Oberlausitz: „Von Anfang an zeichnete sich Preußen mit seinen Forderungen an Geld, Naturalien und Mannschaften in Sachsen und der Oberlausitz durch Maßlosigkeit und brutale Zerstörungswut aus, noch schlimmer als die Schweden im Dreißigjährigen Krieg.“¹⁰

Einen ersten Höhepunkt erreichte die Ausplünderung der Stadt 1745. Allein in diesem Jahr sollen sich die finanziellen Belastungen für Görlitz bei mehr als 140 000 Talern¹¹ bewegt haben, und dies bei einem jährlichen Haushalt von deutlich unter 100 000 Talern¹². Im November erpressten die preußischen Truppen 40 000 Taler an Kontributionen von der Stadt, sie nahmen umfangreiche Requisitionen vor, die Stadt musste die fremden Truppen verpflegen, Ablösungssummen für nicht gestellte Rekruten zahlen, und bedeutende Schäden entstanden durch wilde Plünderungen der preußischen Soldaten.

Kriegskosten für Görlitz 1745	Thlr.	Gr.	Pf.
Kontributionsgelder	40 000		
Tafelgelder	1 221	19	
Geschenke	5 021	4	
Tuche	726	2	6
Rekrutengelder	8 900		
Verpflegungskosten	16 975	1	10
für 120 gelieferte Pferde	4 469	4	1
Erpressungen	1 860	15	8
Verpflegungs- und Marschunkosten der Dorfschaften	19 354	12	
Plünderungsschäden	44 186	12	5
Gesamt	142 714	23	6

Tabelle 1

Noch verheerender sollten jedoch die Geschehnisse des Siebenjährigen Krieges für die Stadt Görlitz und deren Bürger werden. Da es nicht Ziel dieses Beitrages ist, den Kriegsverlauf detailliert darzustellen, sollen im Folgenden lediglich stichpunktartig die wichtigsten Ereignisse mit Blick auf die städtischen Finanzen wiedergegeben werden.

⁹ DANNY WEBER, Leinwand für die Welt. Ein Beitrag zur Zittauer Handels- und Wirtschaftsgeschichte des 18. Jahrhunderts, in: LARS-ARNE DANNENBERG/MATTHIAS HERRMANN/ARNOLD KLAFFENBÖCK (Hrsg.), Böhmen – Oberlausitz – Tschechien. Aspekte einer Nachbarschaft (NLM Beiheft 4), Görlitz/Zittau 2006, S. 143–154.

¹⁰ HARTSTOCK, Wirtschaftsgeschichte (wie Anm. 6), S. 170.

¹¹ Zahlen entnommen bei MAX KWIECINSKI, Das Wichtigste aus der Geschichte von Görlitz, Görlitz 1902, S. 205.

¹² JECHT, Die wirtschaftlichen Verhältnisse (wie Anm. 7), S. 8.

Bereits Ende August 1756 besetzten preußische Truppen Görlitz und es kam zu ersten Kontributionsforderungen. Requisitionen wurden erhoben, wiederum waren Ablösungssummen für nicht gestellte Rekruten zu zahlen und die Besatzungstruppen mussten versorgt werden. Beim vorübergehenden Abzug der Preußen aus Görlitz im September 1757 führten schwere Plünderungen zu großen Schäden und Verlusten. Nach der gewonnenen Schlacht bei Roßbach im November 1757 kehrten die preußischen Truppen jedoch in die Neißestadt zurück, erpressten 12000 Taler in bar und verlangten Requisitionen im Wert von 6650 Talern. Im Oktober des folgenden Jahres weilte Friedrich II. persönlich mit einem größeren Truppenkontingent in Görlitz. Bei dieser Gelegenheit mussten Stadt und Bürger 25000 Taler an Kontributionen aufbringen. Weitere Requisitionen und die Unterhaltung und Verpflegung der Truppen ließen die Belastungen schnell auf annähernd 100000 Taler ansteigen. Eine neue Qualität hinsichtlich des brutalen Vorgehens der preußischen Truppen brachte schließlich das Kriegsjahr 1759. Nach dem erneuten Einfall preußischer Verbände sah sich die Stadt mit einer Kontributionsforderung in Höhe von 40000 Talern konfrontiert. Da man nicht im Stande war, diese Forderung zu erfüllen, nahmen die Preußen zwei Ratsmitglieder als Geiseln und entführten diese nach Schlesien. Nach längeren Verhandlungen konnte man sich schließlich auf die Zahlung von 15000 Talern an Kontributionen und die Lieferung von Tuchen im Wert von 1000 Talern einigen. Im Jahr 1760 wurden erneut im März 14000 und im September 11000 Taler gefordert. Im Mai 1761 waren mehr als 27000 Taler an Kontributionen, Requisitionen, Geschenken und Tafelgeldern aufzubringen. Im Juli 1762 erpresste man 30000 Taler, nachdem man wiederholt Ratsmitglieder als Geiseln genommen hatte. Im September 1762 schließlich musste die Stadt Görlitz noch einmal 40000 Taler an preußische Truppen bezahlen. Eine genaue Angabe der Kriegskosten wird sich schwerlich ausmachen lassen, denn neben den offiziellen Anforderungen, die allein wohl mehr als 330000 Taler¹³ ausmachten, lasteten besonders die wilden Plünderungen schwer auf der Stadt und ihren Einwohnern. Die städtischen und privaten Finanzen der Stadt waren vollkommen erschöpft und befanden sich in einem desolaten Zustand.

Geradezu grotesk muten die Äußerungen des Schuldigen an dieser Katastrophe, Friedrichs II., an. In zwei Briefen an Vertraute äußerte er sich im Februar und März zur Situation in den sächsischen Territorien gerade mit Blick auf die Finanzen. Im Februar 1763 schreibt Friedrich an die Herzogin Luise Dorothea von Gotha: „Man erwartet die Rückkehr des Hofes nach Dresden, wie ein Hagelwetter, welches das wenige, vom Mißwachs verschonte Getreide niederschlägt, wie ein Gewitter, wie die Pest, welche die Großen und das Volk auf gleiche Weise trifft, alles verwüstet und ausrottet.“¹⁴ Und in einem zweiten Brief an seinen Vertrauten, den Marquis d’Argens findet sich folgende Stelle: „Kaum verlassen wir die Städte, kaum haben wir die Dörfer geräumt, so erscheint auf der Stelle die sächsische Exekution und schreit: Bezahl! Bezahl! Der König von Polen braucht Geld! Das Volk fühlt das Unmenschliche in diesem Verfahren, es befindet sich im Elende und anstatt ihm Erleichterung zu verschaffen, beschleunigt man sein Verderben.“¹⁵ In

¹³ JECHT, Die wirtschaftlichen Verhältnisse (wie Anm. 7), S. 1.

¹⁴ Abgedruckt in MAX HEIN (Hrsg.), Briefe Friedrichs des Großen, Bd. 2, Berlin 1914, S. 127.

¹⁵ Ebd., S. 129.

zynischster Art und Weise äußert sich hier der am Niedergang der Städte und des gesamten Landes Hauptschuldige und versucht den Eindruck zu erwecken, dass er lediglich ein Beobachter der Entwicklungen gewesen sei. Dagegen war es Friedrich II. nur durch die „gnadenlose Ausplünderung Kursachsens“ möglich gewesen, den Krieg erfolgreich zu führen.¹⁶ Bereits 1758 waren die preußischen Ressourcen weitgehend erschöpft. Durch die Auswirkungen des Krieges reduzierten sich die regulären Staatseinnahmen um annähernd 40 Prozent.¹⁷ Reinhold Koser hat in seinem Beitrag über die preußischen Finanzen im Siebenjährigen Krieg deutlich dargelegt, dass von den 125 Millionen Talern an außerordentlichen Kriegseinnahmen 48,1 Millionen oder 38,5 Prozent auf sächsische Kontributionen zurückzuführen waren.¹⁸ Darüber hinaus „finanzierte“ Sachsen auch einen großen Teil der preußischen Münzmanipulationen im Umfang von 29 Millionen Talern, da hier vor allem polnische und sächsische gute Münzen in minderwertige umgeprägt wurden. Schließlich lässt sich der Beitrag Sachsens und damit auch der Oberlausitz an der Kriegsfinanzierung Preußens nicht allein auf die gezahlten Kontributionen und die Münzverschlechterungen reduzieren. Die permanenten Requisitionen und die kontrollierten wie auch wilden Plünderungen schädigten das Land und deren Bewohner in großem Maße.¹⁹ Die sarkastischen Bemerkungen Friedrichs des Großen entsprachen seiner politischen Überzeugung. In seinem politischen Testament hat er deutlich gemacht, dass Preußen am besten Sachsen, wenn dies jedoch nicht zu erlangen wäre, dann wenigstens die Lausitzen annektieren sollte und die konstruierten Vorwände für eine derartige Aggression gleich mit dazu geliefert.²⁰ Ferner sah der preußische Herrscher die Besetzung und Ausplünderung Sachsens als legitimes Mittel der eigenen Kriegsfinanzierung an.²¹

Auch nach dem Krieg musste man mehrfach außerordentliche Mittel, beispielsweise für den Ankauf von Getreide während der Hungerjahre 1771 und 1772²², aufbringen. Die Schulden der Stadt betrugen 1775/76 239 230 Taler und entsprachen damit fast genau dem Doppelten der jährlichen Einnahmen.²³ In den folgenden 30 Jahren gelang es, die Schulden deutlich zu reduzieren, so dass sie bis 1805 auf einen Stand von 150 123 Talern gesenkt werden konnten.²⁴ Damit betrug bei einer Einwohnerzahl von zirka 8 600 Personen die Pro-Kopf-Verschuldung ungefähr 17½ Taler pro Person. Geht man davon aus, dass die Schulden der Stadt Görlitz 1763 annähernd 400 000 Taler²⁵ ausmachten, so lässt

¹⁶ PETER BLASTENBREI, Der König und das Geld. Studien zur Finanzpolitik Friedrichs II. von Preußen, in: *Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte* NF 6 (1996), S. 55–82, hier S. 60.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ REINHOLD KOSER, Die preußischen Finanzen im siebenjährigen Kriege, in: *Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte* 13 (1900), S. 153–217 und 329–375.

¹⁹ Schätzungen der Gesamtschäden Sachsens gehen von 100 Millionen Talern und mehr aus; vgl. hierzu u. a. ERNST WERLHOF, Friedrich der Große und Sachsen, in: *NASG* 34 (1913), S. 142–155, hier S. 150.

²⁰ RICHARD DIETRICH (Hrsg.), *Die politischen Testamente der Hohenzollern*, Köln/Wien 1986, S. 369–371.

²¹ Ebd., S. 700.

²² Wenige Anmerkungen zu den Auswirkungen der Hungerkrise in der Oberlausitz bei HARTSTOCK, *Wirtschaftsgeschichte* (wie Anm. 6), S. 186.

²³ Jecht, *Die wirtschaftlichen Verhältnisse* (wie Anm. 7), S. 8.

²⁴ Ebd., S. 109.

²⁵ Verbürgt ist, dass man während des Krieges ca. 330 000 Taler an Kontributionen und Geschenken aufwenden musste. Darüber hinaus waren die tatsächlichen Kosten allerdings größer und schließlich belasteten auch „alte“ Schulden, beispielsweise von der schwedischen Besatzung vom Anfang des 18. Jahrhunderts herrührend,

sich festhalten, dass man durch zuverlässige Finanzpolitik in der Lage gewesen war, die Schulden, verglichen mit dem Jahr 1763, um fast zwei Drittel zu reduzieren.

Die Finanzgeschichte der Stadt Görlitz nach dem Siebenjährigen Krieg und bis in das Jahr 1806 hinein kann daher als Erfolgsgeschichte bezeichnet²⁶ werden, und diese Beobachtungen decken sich mit den bisherigen Darstellungen zur sächsischen Finanzgeschichte allgemein.²⁷

Denn auch Kursachsen war bei Kriegsende 1763 de facto bankrott. Das Land drückten Verbindlichkeiten von annähernd 50 Millionen Talern,²⁸ und dies bei Gesamteinnahmen in Friedenszeiten von weniger als fünf Millionen Talern²⁹. Hinzu kam, dass Sachsen unter den Kriegsfolgen stark zu leiden hatte. Lange Zeit war es Kriegsschauplatz und durch preußische Truppen besetzt, an welche man hohe Kontributionszahlungen zu entrichten hatte. Zudem herrschte in der Finanzverwaltung unübersehbares Chaos durch die Uneinheitlichkeit der Schuldtitel und das undurchsichtige Geflecht von Kassen bzw. Einnahme- und Ausgaberechten.

Der endgültige Zusammenbruch konnte nur durch umfangreiche und tiefgreifende Reformmaßnahmen abgewendet werden.³⁰ Kern dieser Reformen war mit Blick auf die Staatsschulden die Einrichtung zweier getrennter Schuldenkassen – der Steuerkredit- und der Kammerkreditkasse. Beiden Kassen wurde ein „unveränderlicher“ Tilgungsfonds zur Verfügung gestellt, mittels dessen die Schulden abgetragen werden sollten. Die vielen verschiedenen Schuldapiere wurden eingesammelt und gegen neue und einheitliche Papiere ausgetauscht.

Durch die unbedingte Einhaltung der Zahlungsverprechen gelang es, den Staatskredit bedeutend anzuheben. Während die Anleihen anfangs mit kaum mehr als 60 von 100 gehandelt wurden, erreichten sie Anfang der 1790er Jahre bereits wieder den Parikurs.³¹ Bis zu diesem Zeitpunkt hatte man etwa die Hälfte der Gesamtschulden abgetragen, und es bestand die Hoffnung, bis 1815 gänzlich schuldenfrei zu sein.³² Ein weiterer Beleg für den gestiegenen Staatskredit war die Tatsache, dass auch ausländische Kapitalgeber nun wieder bereit waren, Sachsen Kredite zu gewähren.³³ Allerdings wies man den neu aufge-

so dass eine angenommene Verschuldung von 400 000 Taler sicherlich als untere Grenze angesehen werden kann.

²⁶ Ähnlich äußert sich auch NEUBAUER, Görlitz (wie Anm. 2), S. 59.

²⁷ Vgl. hierzu allgemein WALTER DÄBRITZ, Die Staatsschulden Sachsens in der Zeit von 1763–1837, Leipzig 1906; GUNDA ULBRICHT, Finanzgeschichte Sachsens im Übergang zum konstitutionellen Staat (1763 bis 1843), St. Katharinen 2001 und die Ergebnisse der Leipziger Dissertation von DANNY WEBER, „... der größte Kaufmann des ganzen heiligen Römischen Reiches ...“. Die Geschäfte des Handels- und Bankhauses Frege & Comp. in Leipzig (1739–1815/16), Leipzig 2007, hier insbesondere das Kapitel Staatsfinanzen.

²⁸ Die Schulden setzten sich wie folgt zusammen: 29 028 424 Taler Steuerschulden; 12 191 733 Taler Kammer-schulden; Schulden durch ausländische Anleihen 8 000 000 Taler.

ROBERT WUTTKE, Tabellen zu den Vorträgen über sächsische Finanzgeschichte, Dresden 1894, S. 20.

²⁹ Ebd., S. 20–25.

³⁰ Vgl. hierzu allgemein DÄBRITZ, Staatsschulden (wie Anm. 28) und ULBRICHT, Finanzgeschichte (wie Anm. 28).

³¹ DÄBRITZ, Staatsschulden (wie Anm. 28), S. 83.

³² Vgl. hierzu die zeitgenössische Einschätzung in [ANONYMUS], Ueber die chursächsischen Staatsschulden, Leipzig 1793.

³³ „Auswärtige, die ehemals mit vieler Schwierigkeit, und wohl gar nur gegen Unterpfand sich zur Vorstreckung eines Darlehens an Chursachsen verstanden, würden jetzt mit dem vollsten Vertrauen bereit seyn, ihre Capitalien in die Hände eines so zuverlässigen Schuldners zu geben.“ Ebd., S. 17.

nommenen Schulden jeweils gesonderte Tilgungsfonds zu und versuchte, diese in kurzer Zeit zurückzuzahlen.³⁴ Bis 1806 blieb der Tilgungsplan mit geringen Einschränkungen unangetastet. Man musste zwar im Zuge der Reichskriege gegen das revolutionäre Frankreich kurzzeitig die Tilgungen aussetzen, andererseits wurden aber auch Pläne abgewehrt, welche eine vollständige Kommerzialisierung der Papiere zur Folge gehabt hätten.

Diese kurzen Angaben zur sächsischen Finanzgeschichte zwischen dem Siebenjährigen Krieg und der napoleonischen Epoche mögen genügen, um die vergleichbare Entwicklung in Kursachsen und der Oberlausitz darzustellen. Wie in Sachsen war es auch in Görlitz gelungen, die allgemeinen Verbindlichkeiten deutlich zu reduzieren, man war in der Lage, neue Kredite von auswärtigen Kapitalgebern zu erhalten, da durch eine stringente und zuverlässige Tilgungspolitik das Vertrauen zurückgewonnen werden konnte. In Görlitz rechnete man ebenso wie in Dresden mit einem schnellen Abschluss des Schuldentilgungsprogramms.

Jene äußerst positive Entwicklung wurde durch die Ereignisse der Jahre 1806/07 abgebrochen.³⁵ Mit der Niederlage bei Jena und Auerstedt im Oktober 1806 und der folgenden Besetzung Sachsens durch französische und bayerische Truppen begann in der sächsischen, aber auch in der oberlausitzischen Finanzgeschichte eine weitere Phase, die durch ständige Neuaufnahme von Schulden und einem Verfall gekennzeichnet war. Man war gezwungen, den Weg der Konsolidierung zu verlassen und konnte diesen auch erst nach dem Ende der napoleonischen Ära und nach der Umsetzung der Beschlüsse des Wiener Kongresses wieder aufnehmen. Durfte man an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert noch hoffen, in naher Zukunft gänzlich schuldenfrei zu sein, so sah man sich nun mit neuen Belastungen konfrontiert, und der Abbau sämtlicher Schulden war außerhalb der Möglichkeiten gerückt.

Die ergriffenen Maßnahmen in den besonders schweren Kriegsjahren 1807, 1809 und 1812/13 glichen sich dabei sehr stark. Zunächst war man überall gezwungen, eine Reihe von außerordentlichen Kassen (Hilfskassen) einzurichten und diese mit den notwendigen Mitteln auszustatten. Die anderen Kassen existierten daneben weiter und mussten ebenso Anteile an der Kriegsfinanzierung übernehmen. Da aus dem laufenden Etat die hierfür benötigten Summen nicht zu decken waren, war man genötigt, neue Gelder aufzunehmen und in der staatlichen Sphäre den Umlauf von Papiergeld zu erhöhen.³⁶ In Görlitz sah sich der Rat Ende Oktober 1806 veranlasst, eine besondere Kriegskasse einzurichten, die hauptsächlich mit erborgten Kapitalien ihre Zahlungen vornahm.³⁷

³⁴ Ein Verzeichnis der ab 1764 aufgenommenen und ab 1774 zurückbezahlten Hauptkassendarlehen ist zu finden in Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Loc. 1272/01, Hauptverzeichnis der seit Errichtung der vormaligen General Haupt Casse 1773–1793 bezahlten Capitalien und Schulden, excl. der Cautions und Depositengelder. Daraus geht hervor, dass der größte Teil der Summen in Genua, Amsterdam und Rotterdam (zusammen mehr als 90 Prozent) aufgenommen wurde und nur zu einem sehr geringen Teil von Geldgebern in Frankfurt am Main, Leipzig und Naumburg an der Saale stammte.

³⁵ Vgl. hierzu allgemein DORIT PETSCH, *Sächsische Außenpolitik unter Friedrich August I. Zwischen Rétablissement, Rheinbund und Restauration*, Köln/Weimar/Wien 2000.

³⁶ HERBERT RITTMANN, *Sächsische Geldgeschichte 1763 bis 1857. Das Geld im Kurfürstentum und späteren Königreich Sachsen vom Ende des Siebenjährigen Krieges bis zum Wiener Münzvertrag*, Frankfurt (Main) 1972, S. 23–26.

³⁷ JECHT, *Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt Görlitz* (wie Anm. 7), S. 109.

Bevor die Kredit- bzw. Schuldentilgungspraxis der napoleonischen Epoche einer detaillierteren Betrachtung unterzogen werden soll, sind ein paar allgemeine Bemerkungen zur Entwicklung der städtischen Finanzen in dieser Zeit notwendig.³⁸ Zwischen den Rechnungsjahren 1803/04 und 1817/18 wuchsen die Einnahmen der Stadt formal gesehen um fast das Doppelte von 150 431 auf 285 177 Taler.

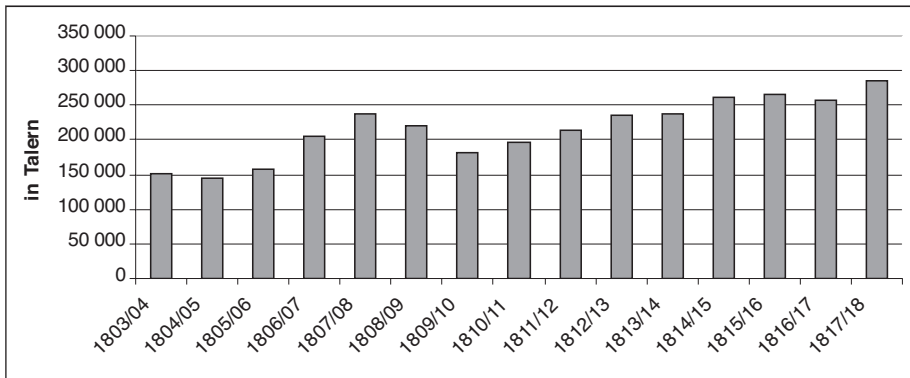


Diagramm 1: Einnahmen der Stadt Görlitz nach den Kämmereikassenrechnungen zwischen 1803/04 und 1817/18³⁹

Die enorme Steigerung der Einnahmen in dieser vergleichsweise sehr kurzen Zeit lässt sich ausschließlich auf die notwendige Neuaufnahme von Kapitalien bedingt durch die Kriegereignisse zurückführen. Allein über den „normalen“ Haushalt war man gezwungen, zwischen 1803 und 1817 mehr als 305 000 Taler an neuen Schulden aufzunehmen. Besonders belastend war die Lage in den Jahren 1806 bis 1808 (ca. 130 000 Taler) und 1810 bis 1813 (ca. 87 000 Taler). Trotz dieser enormen Belastungen konnte man allerdings den Schuldendienst weitgehend aufrechterhalten. So lassen sich im gleichen Zeitraum Kreditrückzahlungen in Höhe von annähernd 195 000 Talern nachweisen. Aufzubringen waren diese Summen allerdings nur durch außergewöhnliche Anstrengungen der Görlitzer Bürger einerseits und vollkommene Ausgabenreduktion andererseits. Besonders interessant erscheint in diesem Zusammenhang, dass trotz dieser enormen Belastungen der Rat der Stadt über den gesamten Zeitraum hinweg kreditwürdig geblieben ist.⁴⁰

Dies lässt sich anhand der Geschäfte des Rats mit auswärtigen Bankiers belegen. Bereits im Jahr 1807 hatte der Rat beim Dresdner Bankier Bassenge einen Kredit in Höhe von 25 000 Talern aufgenommen, um die französischen Kontributionen

³⁸ Quellen hierzu sind vor allem die Kämmereikassenrechnungen der Stadt Görlitz. Vergleiche hierzu die Bemerkungen in RICHARD JECHT, *Das Ratsarchiv der Sechststadt Görlitz. Kurze Übersicht seiner Bestände*, Görlitz 1926, S. 7–8.

³⁹ Vgl. hierzu Ratsarchiv Görlitz (RA Görlitz), Kämmerei Kassen Rechnung 1807/08 bis 1817/18.

⁴⁰ Görlitz blieb während des gesamten Krieges kreditwürdig. Im Gegensatz dazu gelang es Preußen aufgrund des fehlenden Vertrauens der Anleger nicht, im Ausland neue Anleihen unterzubringen, da der Staatskredit vernichtet war; vgl. hierzu HANNAH SCHISSLER, *Preußische Finanzpolitik nach 1807. Die Bedeutung der Staatsverschuldung als Faktor der Modernisierung des preußischen Finanzsystems*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 8 (1982), S. 366–385, hier S. 376.

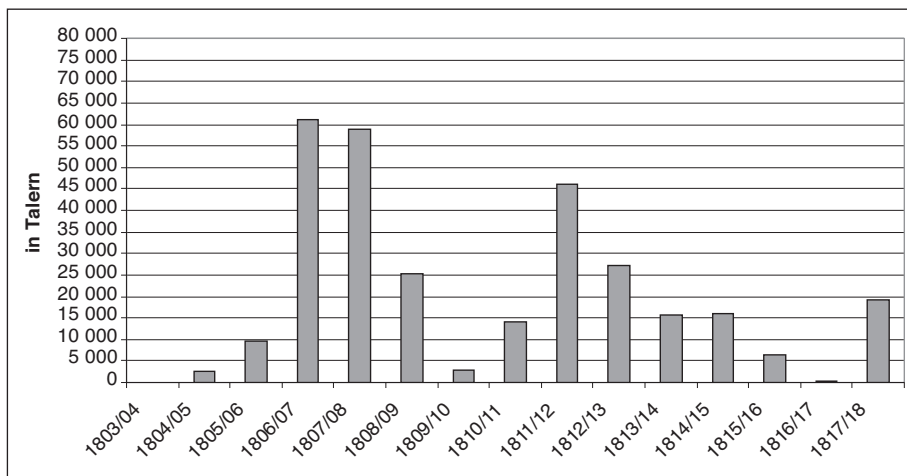


Diagramm 2: Jährliche Neuverschuldung der Stadt Görlitz nach den Kämmerereikassenrechnungen⁴¹

zu bezahlen. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass die Görlitzer Stadtfinanzen sich in dieser Zeit in einem guten Zustand befanden. Objektiv betrachtet hätte man den Kredit nicht benötigt, da nach Abzug aller Einnahmen und Ausgaben für das Rechnungsjahr 1806/07 immer noch ein Überbetrag von annähernd 16 000 Talern zu verzeichnen war. Den guten Zustand der Görlitzer Stadtfinanzen beweist auch die Tatsache, dass der Kredit sehr schnell abgetragen werden konnte.⁴² Der Kontrakt mit Bassenge war auf fünf Jahre geschlossen, wobei nach halbjährlicher Kündigung Sonderzahlungen möglich waren. Von letzterem Recht machte Görlitz auch sehr bald Gebrauch: Bereits Weihnachten 1807 zahlte man 5 000, im März 1808 weitere 10 000, und mit der Abtragung der restlichen 10 000 Taler im Oktober 1810 war das ganze Geschäft bereits zwei Jahre vor dem vereinbarten Ende der Laufzeit abgeschlossen.⁴³

Im Jahr 1811 benötigte man erneut größere Summen, um die eingegangenen Zahlungsverpflichtungen einzuhalten. Man wandte sich an den bedeutenden Leipziger Bankier Frege⁴⁴ und forderte diesen auf, ein Angebot für ein Anleihe- oder Kreditgeschäft vorzulegen. Dieser teilte dem Rat mit, dass bei Bedarf eine Summe von bis zu 25 000 Talern sofort abrufbar wäre.⁴⁵ Frege verwies darauf, dass er die Hauptsumme in Obligationen zu 1 000 Taler zerlegen und diese dann zum Verkauf bringen würde. Als Laufzeit sah er fünf Jahre vor, in denen pro Jahr fünf Prozent Zinsen anfallen würden. Für den

⁴¹ Vgl. hierzu RA Görlitz, Cämmerei Kassen Rechnung 1807/08 bis 1817/18.

⁴² Vgl. hierzu RA Görlitz, Cämmerei Kassen Rechnung 1807/08 und 1810/11.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ ALEXANDER HOFFMANN, Christian Gottlob Frege, in: *Sächsische Lebensbilder*, Bd. 1, Dresden 1931, S. 62–68; MANFRED UNGER, Kaufleute par excellence – Die Freges, in: DIETER GLEISBERG (Hrsg.), *Merkur & die Musen. Schätze der Weltkultur aus Leipzig*, Wien 1989, S. 46–48; DERS., *Das Leipziger Bank- und Handelshaus Frege am Beginn seines Aufstiegs (1739–1754)*, in: *Sächsische Heimatblätter* 29 (1983), S. 163–166; WEBER, *Handels- und Bankhauses Frege & Comp.* (wie Anm. 28).

⁴⁵ Staatsarchiv Leipzig, Frege & Comp. 344.

Abschluss des gesamten Geschäfts verlangte Frege drei Prozent Provision. Der Rat hatte aber auch bei anderen Kaufleuten und Bankiers nach den Konditionen für Kreditsummen angefragt und von verschiedener Seite positive Antworten bekommen. Daher entschied man sich, nicht bei einem Haus einen größeren Betrag aufzunehmen, sondern die Gesamtsumme zu splitten. Von den insgesamt im Jahr 1811 aufgenommenen 46 093 Talern entfielen daher auf:

Frege & Comp. (Leipzig)	10 000 Taler
Carl Friedrich Meusel und Schulz (Zittau)	10 000 Taler
Bassenge & Comp. (Dresden)	6 000 Taler
Abraham Dürninger & Comp. (Herrnhut)	6 000 Taler
Sonstige (kleinere Beträge)	14 093 Taler
Gesamt	46 093 Taler

Tabelle 2: Anleihen des Görlitzer Rats 1811⁴⁶

Die Entscheidung, statt 25 000 nur 10 000 Taler bei Frege aufzunehmen, hatte zur Konsequenz, dass der ursprüngliche Plan zur Auflegung einer kleinen Anleihe fallen gelassen wurde. Darüber hinaus konnte der Rat sich auch hinsichtlich der Höhe der zu zahlenden Provision durchsetzen, indem man allen zwei Prozent zahlte und damit unter der von Frege geforderten Höhe von drei Prozent blieb. Mit den vier beteiligten Handelshäusern bzw. Bankiers hatte der Rat, wie bereits bei der Anleihe von 1807 bei Bassenge & Comp., vereinbart, dass eine frühere Ablösung des Kapitals nach vorher erfolgter halbjährlicher Kündigung möglich sein sollte. Und von dieser Regelung machte man auch jetzt Gebrauch. Bereits ein Jahr nach der Aufnahme zahlte man den von Meusel und Schulz (Zittau) gewährten Kredit in Höhe von 10 000 Talern zurück.⁴⁷ Das von Frege zur Verfügung gestellte Kapital wurde dagegen regelmäßig verzinst.⁴⁸ Die Rückzahlung wurde 1817 in zwei Raten vorgenommen. Im Januar zahlte man zunächst 4 000 und im Oktober folgten die restlichen 6 000 Taler.⁴⁹

Wie man aus den vorgenannten Tatsachen deutlich ersehen kann, war man aufseiten des Rats peinlich darauf bedacht, die eingegangenen Zahlungsverpflichtungen einzuhalten, um das Vertrauen der Gläubiger nicht zu verlieren. Darüber hinaus bemühte man sich, so früh wie möglich die Abhängigkeiten gerade von auswärtigen Kapitalgebern zu reduzieren, indem man noch vor Ende der vereinbarten Laufzeiten die aufgenommenen Gelder zurückzahlte.

Was die angewandten Methoden der Geldbeschaffung betrifft, so versuchte man zunächst aus eigenen Kräften, sprich bei der eigenen Bürgerschaft, Kredite zu erhalten. Erst als die Görlitzer Finanzquellen versiegten, wandte man sich an auswärtige Kaufleute und

⁴⁶ RA Görlitz, Cämmerei Kassen Rechnung 1811/12.

⁴⁷ RA Görlitz, Cämmerei Kassen Rechnung 1812/13.

⁴⁸ Vgl. hierzu: RA Görlitz, Cämmerei Kassen Rechnung 1812/13; 1813/14; 1814/15; 1815/16 und 1816/17 sowie die Abrechnungen bei Frege: Staatsarchiv Leipzig, Frege & Comp. 344.

⁴⁹ Ebd.

Bankiers. Wie anhand der Verhandlungen mit dem Leipziger Bankhaus Frege gezeigt, boten sich dabei prinzipiell zwei Möglichkeiten an, eine größere Kapitalsumme zu erhalten: die öffentliche Anleihe und der Privatkredit.⁵⁰ Anleihegeschäfte, welche durch ein Bankhaus geführt und organisiert wurden, rechneten sich für dieses erst ab einer bestimmten Summe, denn das Unternehmen verdiente die Provisionen für den Verkauf der Obligationen und der Austeilung der Zinsen. Da hierfür aber die Summe von 10000 Talern deutlich zu gering war, stellte man diese Summe in Form des Privatkredits zur Verfügung.

Vergleichbare Geschäfte lassen sich auch in anderen Kommunen oder im Auftrage der Landstände nachweisen. Die Stände der Oberlausitz mussten in den Jahren zwischen 1806 und 1813 mehrfach Kredite bei in- und ausländischen Bankiers aufnehmen, um die Kriegskosten zu finanzieren.⁵¹ So gewährte beispielsweise die Firma der Gebrüder Meusel in Zittau im Jahre 1811 den Ständen einen Kredit über 20000 Taler gegen Zahlung von fünf Prozent Zinsen auf fünf Jahre.⁵² 1812 trat man ebenfalls an den Leipziger Bankier Frege heran, um die Möglichkeiten zur Erlangung eines Kredits zu ergründen.⁵³ Da es sich um eine vergleichsweise geringe Kreditsumme von 20000 Talern handelte, zog man die Möglichkeit einer Anleihe mittels Partialobligationen nicht in Betracht, sondern einigte sich auf ein Kreditgeschäft. Die schweren Auseinandersetzungen des Jahres 1813 verhinderten jedoch einen reibungslosen Ablauf des Tilgungsgeschäftes. Mehrfach mussten die Zahlungen prolongiert werden und erst im April 1817 konnte die Kreditsumme vollständig zurückgezahlt werden. In einer ähnlich prekären Situation befanden sich 1811 außerdem die Stände der Niederlausitz.⁵⁴ Auch diese fragten beim Bankhaus Frege an, ob es gewillt sei, mittels öffentlicher Anleihe 600000 Taler aufzubringen.⁵⁵ Im Gegensatz zu Görlitz und den Oberlausitzer Ständen verständigte man sich hier auf eine Anleihe über 300000 Taler, die aber nur zu einem guten Drittel untergebracht und bis zum Jahr 1824 zurückgezahlt werden konnte.⁵⁶

Insgesamt wirkte sich die Napoleonzeit verheerend auf die Finanzen von Kommune und Land aus. In Görlitz verdoppelte sich zwischen 1805 und 1815 die reguläre Schuldenlast und die Zinsbelastung stieg um 130 Prozent. Der stärkere Anstieg der Zinsbelastung gegenüber der Gesamtschuld erklärt sich durch die während der Kriege gestiegenen Zinsen. Der Anteil der Zinszahlungen an den städtischen Ausgaben stieg zwischenzeitlich um mehr als das Dreifache.

Auch nach dem Abzug der Franzosen war die Leidenszeit für Görlitz und die Oberlausitz nicht beendet. Im Gegenteil, nach der gewonnenen Schlacht an der Katzbach rückte Blüchers Schlesische Armee Ende August/Anfang September nach Görlitz vor. Damit verbunden waren neue, in ihrer Dimension bis dahin unerreichte Belastungen.

⁵⁰ Vgl. WEBER, Handels- und Bankhauses Frege & Comp. (wie Anm. 28), Kapitel Staatsfinanzen.

⁵¹ Vgl. WEBER, Handels- und Bankhauses Frege & Comp. (wie Anm. 28).

⁵² Staatsfilialarchiv Bautzen, Landständisches Archiv 1353, 1811, Bl. 4.

⁵³ Staatsarchiv Leipzig, Frege & Comp. 343.

⁵⁴ Vgl. RUDOLF LEHMANN, Geschichte der Niederlausitz, Berlin 1963, S. 453 f.; WEBER, Handels- und Bankhauses Frege & Comp. (wie Anm. 28)

⁵⁵ Staatsarchiv Leipzig, Frege & Comp. 261.

⁵⁶ Staatsarchiv Leipzig, Frege & Comp. 41 und 125.

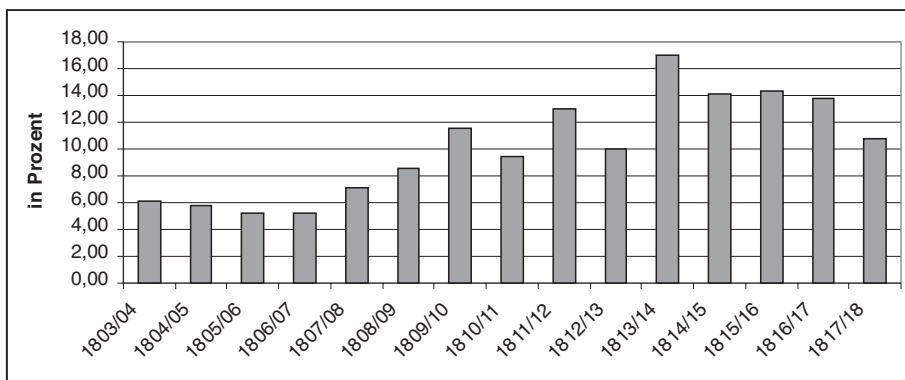


Diagramm 3: Anteil der Zinszahlungen an den Gesamtausgaben

Blücher forderte von Stadt und Kreis Görlitz 300 000 Taler an Kontributionen.⁵⁷ Davon sollte allein Görlitz 53 394 und die mitleidenden Dörfer 35 656 Taler aufbringen. Ferner stellte man große Requisitionsforderungen. Innerhalb von acht Tagen sollten Land und Städte der Oberlausitz Stoffe, Schuhe und Verpflegung für die Schlesische Armee in unmöglicher Höhe aufbringen.

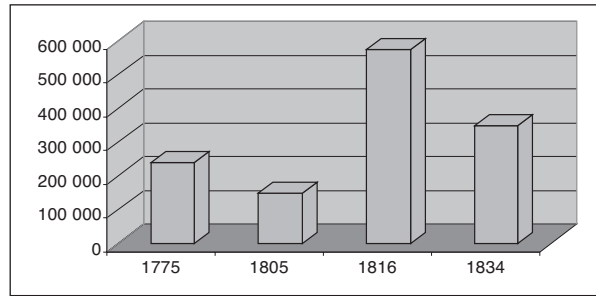
Requisitionsforderungen der Schlesischen Armee unter Blücher an die Oberlausitz im September 1813

36 000 Ellen blaues Tuch, 181 749 Ellen graues Tuch, 316 000 Ellen graue Leinwand, 29 000 Hemden, 40 000 Paar Schuhe, 2 000 Paar Kavalleriestiefel, 200 Artilleriepferde, 16 000 Stück Hufeisen, 10 000 Scheffel Mehl, 2 000 Zentner Fleisch, 100 Zentner Graupen, 1 000 Eimer Branntwein, 40 000 Scheffel Hafer, 4 000 Zentner Heu, 600 Schock Stroh

Hatte man vonseiten des Görlitzer Rats bis dahin versucht, die öffentlichen Finanzen trotz der widrigen Umstände einigermaßen ordentlich und geregelt zu führen und den Schuldendienst aufrecht zu halten, musste aufgrund der angedeuteten Maßnahmen der gegen Napoleon Verbündeten preußischen und russischen Truppen das System der öffentlichen Finanzen kollabieren. Bis zur Mitte des Jahres 1816 stiegen die Schulden der Stadt auf annähernd 570 000 Taler an. Nach dem Ende der Kriegshandlungen und dem Übergang der nordöstlichen Teile der Oberlausitz konnte der Rat erfolgreich an die Konsolidierungspolitik, welche bis 1805 verfolgt worden war, anknüpfen. 1822 wurde ein allgemeiner Tilgungsplan beschlossen und dieser nicht nur eingehalten, sondern sogar übertroffen. Bis Ende 1834 hatte man die Schulden auf 349 243 Taler zurückgeführt und lag damit 50 000 Taler über dem Plan. Vorteilhaft auf die Schuldentilgungspraxis wirkte sich eine allgemeine Zinsreduktion von ca. fünf Prozent um 1800 auf 3½ Prozent 1835 aus.

⁵⁷ JECHT, Die wirtschaftlichen Verhältnisse (wie Anm. 7), S. 93 und KWIECINSKI, Geschichte von Görlitz (wie Anm. 11), S. 236.

Diagramm 5: Stand der
Görlitzer Schulden 1775–1834
in Talern



Resümee

Wie deutlich gezeigt werden konnte, resultierten die bedrohlichen finanziellen Probleme der Stadt Görlitz zu Beginn des 19. Jahrhunderts nicht aus Misswirtschaft vonseiten des Görlitzer Rats oder aus der Einmischung der sächsischen Landesherren. Vielmehr war der Rat auch unter widrigsten Bedingungen bemüht, Ordnung in seinen Finanzen zu halten und Zuverlässigkeit zu garantieren. Ein wichtiges Indiz hierfür ist die Tatsache, dass die Stadt Görlitz trotz drückendster Umstände immer wieder auswärtige Kredite erlangen konnte und damit ihre Kreditwürdigkeit unter Beweis stellte. Die privaten Kapitalgeber, besonders die sich engagierenden Bankiers, hätten bei den geringsten Anzeichen von Misswirtschaft und zumal unter den sehr angespannten finanziellen Verhältnissen der Zeit von einer Unterstützung der Stadt sicher abgesehen, wenn sie nicht von deren Leistungsfähigkeit und Kreditwürdigkeit überzeugt gewesen wären.

Verursacht wurden die sich nahe am Bankrott bewegenden Schulden durch die wiederholten kriegserischen Auseinandersetzungen, besonders aber durch die Ereignisse des Siebenjährigen Krieges und der napoleonischen Epoche. Diesen Auseinandersetzungen war die Stadt Görlitz hilflos ausgesetzt. Der Rat und die Stadt hatten die Maßnahmen nicht zu verantworten, sie weder provoziert noch in irgendeiner Weise dazu Anlass gegeben. Die Stadt Görlitz war ein Opfer der großen Politik, und selbst wenn dies nicht der alleinige Grund für den Niedergang im 18. und frühen 19. Jahrhundert war, so kann es doch als ein gewichtiger angesehen werden.

Verantwortlich für den Niedergang der Stadt war in erster Linie Preußen. Bereits Friedrich der Große hatte Görlitz im Siebenjährigen Krieg durch immer neue Forderungen, unterstützt durch brutale Methoden wie Geiselnahmen, an den Rand des Ruins getrieben und in zynischer Art und Weise versucht, seine Hände hinterher in Unschuld zu waschen. Die Dimensionen der Zerstörung, Ausplünderung und Brutalität, derer sich die Preußen im Siebenjährigen Krieg bedienten, waren einzigartig. Weder die Schweden zu Beginn des 18. noch die Franzosen zu Beginn des 19. Jahrhunderts plünderten die Neißestadt derart aus wie die Truppen des aufgeklärten preußischen Herrschers. Auch die Nachfolger Friedrichs II. plünderten die Stadt aus. Die im Jahr 1813 durch die Schleisische Armee unter Blücher geforderten 300 000 Taler dürften die höchste von Görlitz je geforderte Kontributionssumme darstellen.

Die eingangs dargestellte Interpretation der Görlitzer Geschichte vor und nach 1815 ist daher in doppelter Hinsicht als falsch und durch die Quellen widerlegt anzusehen.

Weder entspricht es der Tatsache, dass vor der durch Preußen erzwungenen Teilung der Oberlausitz in den städtischen Ratsstuben im Allgemeinen und im Görlitzer Rathaus im Besonderen Misswirtschaft und Chaos vorherrschten, sondern das Gegenteil war der Fall. Ferner ist es ebenso polemisch und unwahr zu behaupten, dass erst unter preußischer Verwaltung die Ordnung wieder hergestellt wurde. Görlitz hatte vielmehr bereits in den 1730er Jahren, unterstützt durch sächsische Beamte, die freilich nicht uneigennützig, sondern im Auftrag des nach Finanzquellen suchenden sächsischen Kurfürsten agierten, Ordnung in seinen Finanzen hergestellt, und aufgrund dieser Tatsache war man überhaupt in der Lage, die verschiedenen Drangsale zu überstehen.

Zurückzuführen ist die skizzierte Sichtweise und Interpretation vor allem auf die Zeitumstände unter denen historische Forschung betrieben wurde. Es ist sicherlich keine Fehleinschätzung, wenn man die Zeit zwischen 1870 und 1945 als die produktivste Phase der Oberlausitzer Landesgeschichtsschreibung bezeichnet. Eine Zeit, in der das ehemalige Markgrafentum bereits seit Jahrzehnten gespalten war und wie bereits angedeutet zunehmend eigene Entwicklungen in den Gebieten erkennbar waren. Hinzu kommt, dass die Historiker der Zeit in der überwiegenden, ja erdrückenden Mehrzahl borussophil eingestellt waren und abweichende Meinungen nicht oder kaum wahrgenommen wurden. So ist es nicht verwunderlich, wenn z. B. auch der um die Oberlausitzer Landesgeschichte und besonders um die Görlitzer Geschichte so verdiente Richard Jecht in seinen Schriften mitunter zu unausgewogenen Urteilen gelangt oder bestimmte Entwicklungen unsachgemäß relativiert.⁵⁸ Erschreckend ist dagegen, dass auch in der Gegenwart erneut an derartigen Legenden „gestrickt“ wird und moderne Autoren in der Präsentation des historischen Stoffs und der Auswahl ihrer Quellen weit ins 19. Jahrhundert zurückfallen.⁵⁹

Die vielfach implizit vorherrschenden Wertungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die sich aufgrund des mangelnden Forschungsinteresses in den letzten Jahrzehnten bis in die Gegenwart halten konnten und heute weiter tradiert werden, gehören auch in Bezug auf die Oberlausitzer Landesgeschichte auf den Prüfstand. Die Finanzgeschichte der Oberlausitzer Städte, aber auch des gesamten Markgrafentums kann hierbei wichtige Erkenntnisse für eine Neubewertung liefern, wie überhaupt die Oberlausitzer Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts im Vergleich zu anderen Epochen dringend einer tieferen und neuen Aufarbeitung bedürfte.

⁵⁸ Vgl. hierzu bes. JECHT, Die wirtschaftlichen Verhältnisse (wie Anm. 7) und DERS., Görlitz in der Franzosenzeit 1806–1815, Görlitz 1913.

⁵⁹ Stellvertretend soll hier nur auf die von Christopher Clark verfasste Geschichte Preußens verwiesen werden. Clark belebt erfolgreich antisächsische Ressentiments und beurteilt die Politik Preußens gegenüber Sachsen als gebotene Notwendigkeit. Ferner zeichnet er bewusst durch die Auswahl der verwendeten Quellen ein verfälschtes Bild, wenn er einerseits die Kontributionen der Uckermark und Westfalens an Schweden und Frankreich sowie Gräueltaten französischer Truppen in Hessen und Thüringen beklagt, andererseits aber die preußischen Drangsale gegenüber Sachsen und den Lausitzen mit keinem Wort erwähnt. Damit fällt Clark noch hinter Adolph Friedrich Riedel zurück, der 1866 der preußischen Finanzpolitik im Siebenjährigen Krieg 17 Seiten und den Subsidien und Kontributionen davon immerhin 19 Zeilen widmete. CHRISTOPHER CLARK, Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947, München 42007, S. 228–251, bes. S. 250 und ADOLPH FRIEDRICH RIEDEL, Der Brandenburgisch-Preussische Staatshaushalt in den beiden letzten Jahrhunderten, Berlin 1866, S. 80–95, bes. S. 93.